



Justizministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgegeben vom Ministerium der Justiz
Nr. 8 – 19. Jahrgang – Potsdam, 17. August 2009

Inhalt	Seite
Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen	
Regelung des juristischen Vorbereitungsdienstes Verfügung zur Änderung der Allgemeinen Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 1. November 2008 vom 3. Juli 2009	71
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Familiensachen (FamFG) und für den Versorgungsausgleich (Vordruckreihe FS und V) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 9-I)	71
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Betreuungssachen und Familiensachen betreffend die Vormundschaft/Pflegschaft/Unterbringung (Vordruckreihe BS/VS/US) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 10-I)	73
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Vormundschaftssachen (Vordruckreihe VS) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 2/6-I)	75
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg – Allgemeine Vordrucke – (Vordruckreihe AVR) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 5-I)	75
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Handelsregistersachen – (Vordruckreihe HR) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 2/1-I)	77
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Registersachen – (Vordruckreihe RS) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 2/4-I)	77
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Nachlasssachen – (Vordruckreihe NS) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 2/3-I)	78
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg – Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland – (Vordruckreihe RH) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 6-I)	79

Inhalt	Seite
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg für das Kostenfestsetzungsverfahren im Zivilprozess (ZP 1 bis ZP 39), für das Prozesskostenhilfverfahren im Zivilprozess (ZP 40 bis ZP 79) und für das Mahnverfahren (ZP 80 bis ZP 119) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 1/1a-I)	80
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg für das Aufgebotsverfahren im Zivilprozess (ZP 150 bis ZP 159), für die Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen, Zustellung und Expedition von Entscheidungen im Zivilprozess (ZP 160 bis ZP 199) und für die Rechtskraft im Zivilprozess (ZP 200 bis ZP 229) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 1/1c-I)	80
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg im Zivilprozess; Arrest und einstweilige Verfügung (ZP 120 bis ZP 149) und allgemeine Vordrucke für Amts-, Land- und Oberlandesgericht im Zivilprozess (ZP 230 bis ZP 299) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 1/1b-I)	81
Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg für den Berufungsrechtszug in Zivilsachen – Landgericht/Oberlandesgericht – (ZP 570 bis ZP 599 und ZP 650 bis ZP 699) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 1/3-I)	82
Einführung einheitlicher Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg für das Verfahren in Familiensachen – Amtsgericht – (ZP 700 bis ZP 799) und für den Versorgungsausgleich (Vordruckreihe V) Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 20. Juli 2009 (1414-SH 1/4)	83
Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKHB/DB-InsO) Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz zur Änderung der Allgemeinen Verfügung vom 4. Februar 2002 vom 29. Juli 2009 (3715-II.2)	83
Kostenverfügung (KostVfg) Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz zur Änderung der Allgemeinen Verfügung vom 11. Juli 1991 vom 10. August 2009 (5607-II.2)	88
Gewährung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschusszahlungen für Reiseentschädigungen an Zeuginnen, Zeugen, Sachverständige, Dolmetscherinnen, Dolmetscher, Übersetzerinnen und Übersetzer, ehrenamtliche Richterinnen, ehrenamtliche Richter und Dritte Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz zur Änderung der Allgemeinen Verfügung vom 23. Mai 2006 vom 10. August 2009 (5600-II.14)	90
Bekanntmachungen	
Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz vom 21. Juli 2009	91
Widerruf der Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Absatz 1 Nummer 1 ZPO Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz vom 22. Juli 2009	91
Personalnachrichten	91
Ausschreibungen	92

Allgemeine Verfügungen und Rundverfügungen

Regelung des juristischen Vorbereitungsdienstes

Verfügung zur Änderung der Allgemeinen Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 1. November 2008

Vom 3. Juli 2009

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 1. November 2008 (JMBL S. 155) wird in Ziffer 12 mit sofortiger Wirkung wie folgt geändert:

„12 Nebentätigkeit

- 12.1 Die Aufnahme einer Nebentätigkeit ist unter Verwendung des entsprechenden Vordrucks (www.olg.brandenburg.de/rechtsreferendare) spätestens drei Wochen vor Beginn der Tätigkeit der Ausbildungsbehörde anzuzeigen. Die Anzeige kann bereits vor Dienstantritt erfolgen. Der beabsichtigte Zeitaufwand darf 43 Stunden monatlich nicht übersteigen. Die Höhe der Vergütung ist mitzuteilen.
- 12.2 Die Ausübung einer Nebentätigkeit kann versagt werden, wenn dadurch das Ziel der Ausbildung gefährdet wird. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn die Leistung des Rechtsreferendars durchschnittlichen Anforderungen in den Arbeitsgemeinschaften und der Praxisausbildung nicht entspricht und der Nebentätigkeit keine juristische Tätigkeit zugrunde liegt. Bis zur Beendigung des siebten Ausbildungsmonats ist für die Beurteilung das Ergebnis der ersten juristischen Staatsprüfung maßgebend.
- 12.3 Der Rechtsreferendar hat sicherzustellen, dass er zu jeder Zeit für die Teilnahme an Einführungslehrgängen, Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Lehrgängen sowie Klausurterminen, deren Vorbereitung und Nacharbeit sowie für die Tätigkeit in der Ausbildungsstelle und im Rahmen der üblichen Dienstzeit auch für die sonstige Ausbildung in der Praxis zur Verfügung steht.“

Brandenburg an der Havel, den 3. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Familiensachen (FamFG) und für den Versorgungsausgleich (Vordruckreihe FS und V)

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 9-I)

Die Verwendung der in der Übersicht über die Formulare für das Verfahren in Familiensachen (Vordruckreihe FS 1 – 200) und den Versorgungsausgleich (Vordruckreihe V) aufgeführten und den Gerichten als Mustersammlung zur Verfügung zu stellenden Formulare bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg wird hiermit genehmigt und empfohlen.

Anlage

Verfahren in Familiensachen – FamFG – (für alle ab 01.09.2009 eingehenden Verfahren) (FS 1 – 200)

- FS 1 Verfügung bei Eingang des Scheidungsantrags bzw. des Antrags auf Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe
- FS 2 Zustellung des Scheidungsantrags (§§ 124 FamFG, 253 ZPO) – Reinschrift
- FS 3 Zustellung des Scheidungsantrags an den Rechtsanwalt (§§ 124 FamFG, 253 ZPO) – Reinschrift
- FS 4 Zwischenverfügung bei Eingang des Scheidungsantrags bzw. des Antrags auf Bewilligung von VKH (§§ 113, 124, 133 FamFG, 118, 253, 273 ZPO) – Reinschrift
- FS 10 Übersendung des Verfahrenskostenhilfesuchts in Ehesachen §§ 113 FamFG, 118 ZPO
- FS 11 Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe in Ehesachen – Urschrift –
- FS 11a Bewilligung von Verfahrenskostenhilfe in Ehesachen – Reinschrift –
- FS 12 Anhörung des Vermieters im Scheidungsverfahren – Verfügung
- FS 12a Anhörung des Vermieters im Scheidungsverfahren – Reinschrift
- FS 15 Übersendung der Vordrucke zum Versorgungsausgleich an die Parteien – Verfügung
- FS 16 Übersendung von Vordrucken zum Versorgungsausgleich – Verfügung
- FS 17 Zwischenverfügung zum Versorgungsausgleich
- FS 18 Festsetzung von Zwangsgeld/Versorgungsausgleich (§§ 220, 35 FamFG)

- | | |
|--|---|
| <p>FS 20 Anhörung des Jugendamtes (§§ 49, 51 Abs. 2, 162 Abs. 1 FamFG) – Reinschrift</p> <p>FS 21 Eingangsmitteilung an Antragsteller, Anhörung des Jugendamtes und des Kindesvaters/der Kindesmutter zur Regelung der elterlichen Sorge – Verfügung</p> <p>FS 22 Elterliche Sorge/Eingangsmitteilung an Antragsteller – Reinschrift</p> <p>FS 23 Elterliche Sorge/Anhörung des Jugendamtes und des Kindesvaters/der Kindesmutter – Reinschrift</p> <p>FS 24 Merkblatt: Hinweise zum Umgangsrecht</p> <p>FS 30 Ladung zum Vermittlungstermin in Kindschaftssachen, § 165 FamFG</p> <p>FS 31 Ladung der Beteiligten zum Termin, §§ 155, 157 FamFG</p> <p>FS 32 Ladung eines Elternteils in Abstammungssachen (§ 172 FamFG)</p> <p>FS 35 Ladungsverfügung des Richters in Familiensachen (§§ 113, 128 FamFG, 273, 274 ZPO)</p> <p>FS 36 Ladung der Parteien in Familiensachen</p> <p>FS 37 Terminsachricht an Jugendamt in Familiensachen</p> <p>FS 38 Terminsachladung an Jugendamt in Familiensachen</p> <p>FS 39 Ladung des Prozessbevollmächtigten in Familiensachen</p> <p>FS 40 Terminsaufhebung und -verlegung in Familiensachen</p> <p>FS 45 mündliche Verhandlung in Familiensachen</p> <p>FS 50 Verfügung im schriftlichen Vorverfahren – Familienstreitsachen –</p> <p>FS 51 Beglaubigte Abschrift der richterlichen Verfügung im schriftlichen Vorverfahren – Familiengericht</p> <p>FS 52 Zustellung der Antragschrift im schriftlichen Vorverfahren</p> <p>FS 53 Nachricht an Antragsteller/-Vertreter im schriftlichen Vorverfahren – Familiengericht</p> <p>FS 60 Verfügung zur Anberaumung eines ersten Termins in Familienstreitsachen (§§ 113 FamFG, 271, 273, 274 ZPO)</p> <p>FS 61 Ladung der Prozessbevollmächtigten zum ersten Termin in Familienstreitsachen</p> <p>FS 62 Beglaubigte Abschrift der richterlichen Verfügung zum Termin in Familienstreitsachen</p> <p>FS 63 Ladung des Antragsgegners zum Termin in Familienstreitsachen</p> <p>FS 64 Ladung des Antragstellers zum Termin in Familienstreitsachen</p> <p>FS 70 Verfügung zur Anberaumung des Haupttermins in Familienstreitsachen</p> <p>FS 71 Ladung des Antragstellers zum Termin in Familienstreitsachen nach Einspruch</p> <p>FS 72 Ladung des Antragsgegners zum Termin in Familienstreitsachen nach Einspruch</p> <p>FS 73 Ladung des Verfahrensbevollmächtigten zum Termin in Familienstreitsachen nach Einspruch</p> <p>FS 80 Mitteilung des Antrages auf Gewährung von VKH in Unterhaltsstreitigkeiten</p> <p>FS 81 Mitteilung über Eingang des Antrags auf Gewährung von VKH in Unterhaltsstreitigkeiten an Antragsteller</p> <p>FS 82 Mitteilung an Antragsteller gemäß §§ 113 FamFG, 117 Abs. 2 ZPO</p> <p>FS 85 Merkblatt zum Antrag auf Festsetzung von Unterhalt für ein minderjähriges Kind im vereinfachten Verfahren</p> <p>FS 86 Vordrucksatz für den Antrag auf Festsetzung des Unterhalts nach §§ 249, 250 FamFG mit Mitteilung an Antragsgegner gemäß § 251 FamFG</p> | <p>FS 87 Vordruck für Einwendungen des Antragsgegners gegen die Festsetzung des Unterhalts nach § 252 FamFG – Erstschrift für das Gericht</p> <p>FS 88 Vordruck für Einwendungen des Antragsgegners gegen die Festsetzung des Unterhalts nach § 252 FamFG – Abschrift für Antragsteller/in</p> <p>FS 89 Vordruck für Einwendungen des Antragsgegners gegen die Festsetzung des Unterhalts nach § 252 FamFG – Abschrift für Antragsgegner</p> <p>FS 90 Mitteilung des Gerichts an den Antragsteller über die Einwendungen des Antragsgegners; Antrag auf Festsetzung des Unterhalts nach § 254 FamFG; Antrag auf Durchführung des streitigen Verfahrens nach § 255 FamFG</p> <p>FS 95 Vordrucksatz Festsetzungsbeschluss nach §§ 253, 254 FamFG (dynamische Anrechnung der kindbezogenen Leistungen)</p> <p>FS 95/1 Vordrucksatz Festsetzungsbeschluss nach §§ 253, 254 FamFG (dynamische Anrechnung der kindbezogenen Leistungen)</p> <p>FS 95/2 Vordrucksatz Festsetzungsbeschluss nach §§ 253, 254 FamFG (dynamische Anrechnung der kindbezogenen Leistungen)</p> <p>FS 95/3 Vordrucksatz Festsetzungsbeschluss nach §§ 253, 254 FamFG (dynamische Anrechnung der kindbezogenen Leistungen)</p> <p>FS 100 Tabelle der Monatsbeiträge, Beilage zum Festsetzungsbeschluss nach §§ 253, 254 FamFG</p> <p>FS 115 Beschluss des Familiengerichts gemäß § 1752 BGB – Vfg.</p> <p>FS 116 Verfügung nach Erlass des Beschlusses gemäß § 1752 BGB</p> <p>FS 117 Expeditionsverfügung des rechtswirksamen Adoptionsbeschlusses</p> <p>FS 118 Mitteilungsblatt für das Standesamt in Adoptions-sachen</p> <p>FS 120 Aufforderung zum Einreichen eines Vermögens- oder Nachlassverzeichnisses (§§ 356 FamFG, 1640 BGB) – Verfügung</p> <p>FS120a Aufforderung zum Einreichen eines Vermögens- oder Nachlassverzeichnisses (§§ 356 FamFG, 1640 BGB) – Reinschrift</p> <p>FS 121 Anlage zu dem Vordruck FS 120 betreffend Aufforderung zum Einreichen eines Vermögens- oder Nachlassverzeichnisses (§§ 356 FamFG, 1640 BGB)</p> <p>FS 125 Antrag auf Bestimmung des Bezugsberechtigten des Kindergeldes gemäß § 64 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Satz 4 EStG</p> <p>FS 126 Anhörung zum Antrag auf Bestimmung des Bezugsberechtigten des Kindergeldes</p> <p>FS 127 Merkblatt zum Antrag auf Bestimmung des Bezugsberechtigten des Kindergeldes gemäß § 64 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Satz 4 EStG</p> <p>FS 128 Beschluss zur Bestimmung des Bezugsberechtigten des Kindergeldes</p> |
|--|---|
- Vordruckreihe V**
Versorgungsausgleich für Verfahren ab 01.09.2009
- | | |
|---|--|
| <p>V 10 Fragebogen zum Versorgungsausgleich</p> | |
|---|--|

- V 11 Übersendungsschreiben zum Fragebogen V 10
- V 12 Fragebogen zum Versorgungsausgleich für Lebenspartner
- V 20 Auskunftersuchen Versorgungsträger allgemein
- V 21 Auskunftersuchen Versorgungsträger betriebliche Anwartschaften
- V 22 Merkblatt zum Auskunftersuchen betriebliche Altersversorgung
- V 30 Versorgungsübersicht zu Anrechten aus der betrieblichen Altersversorgung
- V 31 Auskunftsbogen betriebliche Altersversorgung
- V 40 Auskunftsbogen private Altersversorgung
- V 50 Auskunftsbogen öffentlich-rechtliches Dienst- oder Amtsverhältnis
- V 60 Versorgungsübersicht zu Anrechten aus einer Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes
- V 61 Auskunftsbogen Zusatzversorgung öffentlicher Dienst
- V 70 Auskunftsbogen berufsständische Versorgung
- V 80 Mitteilung über Rechtskraft oder sonstigen Verfahrensstand an Versicherungsträger
- V 90 Fristsetzung externe Teilung

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Betreuungssachen und Familiensachen betreffend die Vormundschaft/Pflegschaft/Unterbringung (Vordruckreihe BS/VS/US)

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 10-I)

Die Verwendung der in der Übersicht über die Formulare für das Verfahren in Betreuungssachen (Vordruckreihe BS), Familiensachen betreffend die Vormundschaft/Pflegschaft (Vordruckreihe VS) sowie die Unterbringung (Vordruckreihe US 1) – aufgeführten und den Gerichten als Mustersammlung zur Verfügung zu stellenden Formulare bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg wird hiermit genehmigt und empfohlen.

Anlage

Vordruckverzeichnis

I. allgemeine Vordrucke – VS 1 bis 40

- VS 1 Ablehnung einer familien-/betreuungsgerichtlichen Genehmigung – Beschluss und Vfg.
- VS 2 Ladung zur Bestellung als Pfleger/Vormund/Betreuer – Vfg.

- VS 3 Ladung zur Bestellung als Pfleger/Vormund/Betreuer
- VS 4 Verpflichtungsprotokoll
- VS 5 Verzeichnis des Betreuten-/Pflegebefohlenen-/Mündelvermögens
- VS 6 Mitteilung über die Bestellung eines Vormundes, Gegenvormundes, Betreuers oder über seinen Wechsel (§§ 1851 BGB, §§ 287, 288, 308, 309 FamFG)
- VS 7 Ersuchen um Bericht/Abrechnung an Vormund/Pfleger/Betreuer
- VS 8 Mitteilung an den Vormund, Betreuer oder Pfleger über die Zeit der Rechnungslegung (§§ 1840 ff., 1915 BGB)
- VS 9 Rechnung über die Verwaltung des Mündelvermögens – Titelbogen
- VS 10 Rechnung über die Verwaltung des Mündelvermögens – Einlagebogen
- VS 11 Aufforderung an das Jugend-/Sozialamt um Bericht
- VS 12 Ermächtigung des Pflegers/Vormunds/Betreuers zur Empfangnahme von Renten und zur Verfügung über Mündelkonto
- VS 13 Genehmigungsbeschluss
- VS 14 Vorläufige Genehmigung zur Unterbringung des Mündels/Betreuten/Kindes
- VS 15 Genehmigung zur Unterbringung des Mündels/Betreuten/Kindes
- VS 16 Verfügung nach Beendigung der Betreuung/Pflegschaft/Vormundschaft
- VS 17 Entlastungserklärung
- VS 18 Mitteilung von der Beendigung einer Betreuung/Vormundschaft/Pflegschaft
- VS 19 Nachricht von der Beendigung der Pflegschaft/Betreuung an Pfleger/Betreuer mit Aufforderung zur Rechnungslegung
- VS 20 Festsetzung des Zwangsgeldes und weitere Verfügung
- VS 21 Festsetzung des Zwangsgeldes – Ausfertigung
- VS 22 Erinnerungsschreiben nach Festsetzung eines Zwangsgeldes
- VS 24 Rechnungslegungskalender
- VS 25 Merkblatt zur Rechnungslegung
- VS 26 Merkblatt zur Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Betreuer und Vormünder
- VS 27 Antrag auf Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Betreuer/Vormünder/Pfleger gemäß § 1835 a BGB
- VS 28 Merkblatt zum Auslagenersatz für ehrenamtliche Betreuer/Vormünder/Pfleger

II. Vormundschafts-/Pflegschaftssachen – VS 50 bis 200

- VS 52 Beschluss über die Bestellung des Jugendamtes zum Pfleger oder Vormund
- VS 53 Bescheinigung über den Eintritt der Vormundschaft (§ 1791 c bzw. § 1751 BGB)
- VS 56 Bestallung für den Vormund oder Gegenvormund
- VS 56 a Merkblatt für Vormünder
- VS 57 Bestallung für den Pfleger (§§ 1915, 1791 BGB)
- VS 57 a Merkblatt für Pflegerinnen und Pfleger
- VS 62 Erteilung der Bescheinigung über den Eintritt der gesetzlichen Amtsvormundschaft an Jugendamt – Vfg.
- VS 63 Anschreiben an Jugendamt bei gesetzlicher Amtsvormundschaft
- VS 65 Mitteilung an die Kindesmutter bei gesetzlicher Amtsvormundschaft (§ 1791 c BGB)
- VS 73 Anschreiben an Jugendamt bei Bestellung zum Vormund
- VS 101 Aufforderung an den Vormund/Betreuer zum Bericht

- über ein vermögensloses Mündel/einen vermögenslosen Betreuten (§ 1839 BGB)
- VS 102 Bericht des Pflegers/Vormundes (§ 1839 BGB)
- VS 105 Genehmigung des Berufsausbildungsvertrages – Vfg.
- VS 106 Übersendung der familiengerichtlichen Genehmigung des Berufsausbildungsvertrages an Vormund
- VS 110 familiengerichtliche Genehmigung betr. Staatsangehörigkeit (§§ 19, 25 StAG) – Beschluss und Vfg.
- VS 111 familiengerichtliche Genehmigung betr. Staatsangehörigkeit (§§ 19, 25 StAG) – Ausfertigung
- VS 112 Einwilligung in die Ehemündigkeitserklärung

III. Betreuungssachen – BS 1 bis 100

- BS 1 Zählblatt für Verfahren nach dem neuen Betreuungsgesetz
- BS 2 Antrag des Betroffenen auf Betreuerbestellung
- BS 3 Protokoll über die Anregung zur Betreuerbestellung
- BS 4 schriftliche Anregung zur Betreuerbestellung
- BS 5 Anregung zur Betreuerbestellung (Schreiben der Betreuungsbehörde)
- BS 10 Musterfragebogen für Sozialbericht
- BS 11 Einholung eines fachärztlichen Gutachtens in Betreuungssachen – Vfg.
- BS 12 Einholung eines fachärztlichen Gutachtens in Betreuungssachen – Reinschrift
- BS 13 Ersuchen an VGH um Betreuervorschlag – Vfg.
- BS 13 a Ersuchen an VGH um Betreuervorschlag – Reinschrift
- BS 15 Vorläufige Bestellung eines Betreuers (einstweilige Anordnung)
- BS 16 Anfrage an Betreuungsbehörde wegen Betreuungseinrichtung – Vfg.
- BS 16 a Anfrage an Betreuungsbehörde wegen Betreuungseinrichtung – begl. Abschrift
- BS 20 Nachricht an Betroffenen über Einleitung des Betreuungsverfahrens – Vfg.
- BS 21 Anfrage an Betroffenen
- BS 22 Antwort des Betroffenen
- BS 23 Bestellung eines Verfahrenspflegers für das Verfahren zur Betreuerbestellung
- BS 30 Gutachtauftrag an Sachverständigen – Vfg.
- BS 30 a Gutachtauftrag an Sachverständigen – begl. Abschrift
- BS 31 Merkblatt für Sachverständigen
- BS 32 Auftragsbestätigung des Sachverständigen
- BS 40 Anfrage an vorgesehenen Betreuer wegen Zustimmung – Vfg.
- BS 40 a Anfrage an vorgesehenen Betreuer wegen Zustimmung – begl. Abschrift
- BS 41 Antwort des vorgesehenen Betreuers
- BS 42 Schreiben an Angehörige – Vfg.
- BS 42 a Schreiben an Angehörige – Reinschrift
- BS 45 Ablehnung einer Betreuung – Beschluss und Vfg.
- BS 46 Bestellung eines Betreuers – Beschluss und Vfg.
- BS 47 Vorbereitung einer Betreuerverpflichtung – Vfg.
- BS 48 Betreuerausweis (§ 290 FamFG)
- BS 50 Ladung des Betreuers zur Verpflichtung – begl. Abschrift
- BS 51 Verpflichtung des Betreuers
- BS 52 Merkblatt für den Betreuer
- BS 53 Bericht des Betreuers an das Amtsgericht
- BS 60 Ladung des Betreuers zu einem Besprechungstermin – Vfg.

- BS 60 a Ladung des Betreuers zu einem Besprechungstermin – begl. Abschrift
- BS 61 Anfrage an Betreuungsbehörde wegen Betreuungsänderung – Vfg.
- BS 61 a Anfrage an Betreuungsbehörde wegen Betreuungsänderung – Begl. Abschrift
- BS 62 Anfrage an Betreuer wegen Betreuungsänderung – Vfg.
- BS 62 a Anfrage an Betreuer wegen Betreuungsänderung – begl. Abschrift
- BS 63 Aufhebung der Betreuung/Einschränkung des Aufgabenkreises – Beschluss und Vfg.
- BS 64 Ladung des Betreuers zur Besprechung bei Erweiterung des Aufgabenkreises – Vfg.
- BS 64 a Ladung des Betreuers zur Besprechung bei Erweiterung des Aufgabenkreises – begl. Abschrift
- BS 65 Niederschrift über die Besprechung mit dem Betreuer
- BS 70 Entlassung des Betreuers und Neubestellung – Beschluss und Vfg.
- BS 70 a Entlassung des Betreuers und Neubestellung – Beschlussausfertigung
- BS 71 Entlassung des Betreuers und Neubestellung durch den Rechtspfleger – Beschluss und Vfg.
- BS 71 a Entlassung des Betreuers und Neubestellung durch den Rechtspfleger – Beschlussausfertigung
- BS 72 Neubestellung nach Tod des Betreuers – Beschluss
- BS 73 Verlängerung der Betreuung – Beschluss und Vfg.
- BS 80 Ablehnung einer Aufgabenkreiserweiterung – Beschluss und Vfg.
- BS 81 Genehmigung einer medizinischen Maßnahme – Beschluss und Vfg.

IV. Unterbringungssachen – US 1 bis 15

- US 1 Vorläufige Unterbringung durch einstweilige Anordnung – Beschluss und Vfg.
- US 2 Beschluss über die einstweilige Anordnung einer vorläufigen Unterbringungsmaßnahme nach dem BbgPsychKG
- US 3 Genehmigung der Unterbringung – Beschluss und Vfg.
- US 4 Schreiben an Betreuungsbehörde im Fall einer Unterbringung – Vfg.
- US 4 a Schreiben an Betreuungsbehörde im Fall einer Unterbringung – begl. Abschrift
- US 5 Genehmigung einer unterbringungsähnlichen Maßnahme – Beschluss und Vfg.
- US 6 Anfrage an Betreuer wegen Fortdauer der unterbringungsähnlichen Maßnahme – Vfg.
- US 6 a Anfrage an Betreuer wegen Fortdauer der unterbringungsähnlichen Maßnahme – begl. Abschrift
- US 7 Unterbringung – Klebmarken

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

**Einheitliche Vordrucke für die ordentliche
Gerichtsbarkheit des Landes Brandenburg
in Vormundschaftssachen (Vordruckreihe VS)**

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 2/6-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 12. Juli 1996 (JMBL. S. 110), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 1. August 2006 (JMBL. S. 122) 1414-SH 2/6-I, wird wie folgt geändert:

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe Vormundschaftssachen (VS) wird wie folgt ergänzt:

VS 93	Beschluss des Vormundschaftsgerichts gemäß § 1752 BGB – Vfg.	für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen, siehe Vordruckreihe FS
VS 94	Verfügung nach Erlass des Beschlusses gemäß § 1752 BGB	
VS 95	Expeditionsverfügung des rechtswirksamen Adoptionsbeschlusses	
VS 96	Mitteilungsblatt für das Standesamt in Adoptionsachen	

Anmerkungen zu den Vordrucken der Vordruckreihe Vormundschaftssachen (VS): Die im Vordruckverzeichnis aufgeführten Vordrucke finden für Verfahren Anwendung, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen. Für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen, siehe Vordruckreihen FS und VS/BS/US.

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

**Einheitliche Vordrucke für die ordentliche
Gerichtsbarkheit des Landes Brandenburg
– Allgemeine Vordrucke – (Vordruckreihe AVR)**

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 5-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 12. September 1998 (JMBL. S. 114), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 9. September 2005 (JMBL. S. 118) (1414-SH 5-I), wird wie folgt geändert:

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg – Allgemeine Vordrucke – eingeführt:

AVR 71 FamFG	Festsetzung der Vergütung des im Wege der PKH/VKH oder nach § 138 FamFG beigeordneten Rechtsanwalts
AVR 130 FamFG	Vordrucksatz für den Austritt aus einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft des öffentlichen Rechts
AVR 185 FamFG	Beschluss über die Anordnung der Abschiebehaft in Freiheitsentziehungssachen (§ 62 Abs. 2 AufenthG) – Protokoll
AVR 186 FamFG	Beschluss über die Anordnung der Abschiebehaft in Freiheitsentziehungssachen (§ 50 Abs. 1, § 62 Abs. 2 AufenthG) – Protokoll
AVR 187 FamFG	Beschluss über die Anordnung der Vorberейungshaft – Protokoll
AVR 188 FamFG	Einstweilige Anordnung der Freiheitsentziehung (§ 62 AufenthG) – Protokoll und Beschluss

AVR 189 FamFG Einstweilige Anordnung der Freiheitsentziehung (§ 62 Abs. 2 AufenthG) – Beschluss
 AVR 190 FamFG Einstweilige Anordnung der Freiheitsentziehung (§ 62 Abs. 1 AufenthG) – Beschluss

AVR 191 FamFG Verlängerung der Freiheitsentziehung

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe AVR wird darüber hinaus wie folgt ergänzt:

III. Rechtsantragstelle, Rechtsanwaltsvergütung, Prozess-/Verfahrenskosten- und Beratungshilfe (allgemein) (AVR 70 – 79)

AVR 71	Festsetzung der Vergütung des im Wege der PKH oder nach § 625 ZPO beigeordneten Rechtsanwalts	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
--------	---	--

IV. Vordrucke für die Erteilung der Apostille (AVR 80 – 99)

AVR 80	Terminanberaumung mit Ladungsverfügung im FGG-Verfahren	für Verfahren, die ab 01.09.09 eingehen – siehe Vordruckreihe FS
AVR 81	Ladung der Beteiligten im FGG-Verfahren	
AVR 82	Ladung der Verfahrensbevollmächtigten im FGG-Verfahren	
AVR 84	Erinnerungsschreiben mit Androhung eines Zwangsgeldes in der freiwilligen Gerichtsbarkeit	

V. Austritt aus Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts (AVR 130 – 139)

AVR 130	Vordrucksatz für den Austritt aus einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft des öffentlichen Rechts	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
---------	---	--

VIII. Freiheitsentziehungssachen (AVR 180 – 199)

AVR 185	Beschluss über die Anordnung der Abschiebehaft in Freiheitsentziehungssachen (§ 62 Abs. 2 AufenthG) – Protokoll	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
AVR 186	Beschluss über die Anordnung der Abschiebehaft in Freiheitsentziehungssachen (§ 50 Abs. 1, § 62 Abs. 2 AufenthG) – Protokoll	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
AVR 187	Beschluss über die Anordnung der Vorbereitungshaft – Protokoll	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
AVR 188	Einstweilige Anordnung der Freiheitsentziehung (§ 62 AufenthG) – Protokoll und Beschluss	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
AVR 189	Einstweilige Anordnung der Freiheitsentziehung (§ 62 Abs. 2 AufenthG) – Beschluss	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
AVR 190	Einstweilige Anordnung der Freiheitsentziehung (§ 62 Abs. 1 AufenthG) – Beschluss	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
AVR 191	Verlängerung der Freiheitsentziehung	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen

IX. Sonstige allgemeine Vordrucke (AVR 200 – 299) (Fortsetzung von I. allgemeine Vordrucke)

AVR 230	Beschluss über die einstweilige Anordnung einer vorläufigen Unterbringungsmaßnahme (für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen – siehe Vordruckreihe US – Vordruck US 2)
---------	---

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
 Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

**Einheitliche Vordrucke für die ordentliche
Gerichtsbarkheit des Landes Brandenburg
in Handelsregistersachen – (Vordruckreihe HR)**

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 2/1-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 23. März 1999 (JMBl. S. 58), geändert durch Allgemeine Verfügung vom 26. Februar 2001 (JMBl. S. 59) (1414-SH 2/1-I), wird wie folgt geändert:

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg in Handelsregistersachen eingeführt:

HR 14 FamFG	Einleitung des Firmenmissbrauchsverfahrens (§ 37 HBG) – HRA und HRB – Verfügung
HR 15 FamFG	Einleitung des Firmenmissbrauchsverfahrens (§ 37 HBG) – HRA und HRB – Reinschrift
HR 17 FamFG	Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes – HRA und HRB – Verfügung
HR 18 FamFG	Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes HRA und HRB – Reinschrift
HR 20 FamFG	Festsetzung des Zwangsgeldes und weitere Verfügung in Registersachen
HR 21 FamFG	Festsetzung des Zwangsgeldes in Registersachen – Ausfertigung

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe HR wird im Übrigen wie folgt ergänzt:

HR 14	Einleitung des Firmenmissbrauchsverfahrens (§ 37 HBG) – HRA und HRB – Verfügung	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
HR 15	Einleitung des Firmenmissbrauchsverfahrens (§ 37 HBG) – HRA und HRB – Reinschrift	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
HR 17	Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes – HRA und HRB – Verfügung	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
HR 18	Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes – HRA und HRB – Reinschrift	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
HR 20	Festsetzung des Zwangsgeldes und weitere Verfügung in Registersachen	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
HR 21	Festsetzung des Zwangsgeldes in Registersachen – Ausfertigung	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

**Einheitliche Vordrucke für die ordentliche
Gerichtsbarkheit des Landes Brandenburg
in Registersachen – (Vordruckreihe RS)**

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 2/4-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 2. April 1996 (JMBl. S. 50), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 18. März 2008 (JMBl. S. 50) (1414-SH 2/4-I), wird wie folgt geändert:

Nachfolgende Vordrucke in Registersachen werden aufgehoben:

RS 1 Karteiblatt Vereinsregister

RS 2	Handblatt Vereinsregister
RS 3	Benachrichtigungsblatt Vereinsregister
RS 4	Hülle für VR – Karteiblätter
RS 5	Hülle für VR – Handblatt
RS 13	Eintragung eines Vereins
RS 14	Eintragung betreffend Vorstandsänderung
RS 15	Eintragung betreffend Vorstands- und Satzungsänderung
RS 20	Eintragung betreffend Vorstandsbestellung und Auflösung (§§ 67, 74 BGB) – Vereinsregister
RS 22	Löschung des Vereins nach beendeter Liquidation
RS 115	Karteiblatt Genossenschaftsregister
RS 116	Handblatt Genossenschaftsregister
RS 117	Benachrichtigungsblatt Genossenschaftsregister
RS 126	Eintragungsverfügung – Neueintrag – Genossenschaftsregister
RS 128	Eintragung betreffend Statutenänderung, Vorstandswechsel, Auflösung

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg in Registersachen eingeführt:

RS 25 FamFG Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes, §§ 78 BGB, 35, 387, 388 FamFG

RS 26 FamFG Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes, §§ 78 BGB, 35, 387, 388 FamFG

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe RS wird im Übrigen wie folgt ergänzt:

RS 25	Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes, §§ 78 BGB, 159, 132 FGG	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
RS 26	Aufforderung zur Vornahme einer Anmeldung mit Androhung eines Zwangsgeldes, §§ 78 BGB, 159, 132 FGG	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg in Nachlasssachen – (Vordruckreihe NS)

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 2/3-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 19. März 1996 (JMBl. S. 43), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 10. April 2002 (JMBl. S. 69) (1414-SH 2/3-I), wird wie folgt geändert:

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg in Nachlasssachen eingeführt:

NS 1 FamFG Antrag auf besondere amtliche Verwahrung eines eigenhändigen Testaments mit Verfügung (§§ 2248 BGB, 344, 346 FamFG)

NS 2 FamFG Annahmeverfügung eines öffentlichen Testaments oder Erbvertrages (§§ 344, 346 FamFG)

NS 3 FamFG Hinterlegungsschein über eine Verfügung von Todes wegen (§ 34 BeurkG, §§ 2248, BGB, 346 Abs. 3, 347, 349 FamFG)

NS 7 FamFG Ladung zur Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 348, 349 FamFG)

NS 8 FamFG Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 348, 349 FamFG)

NS 8/1 FamFG Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 348, 349 FamFG) – A

NS 8/2 FamFG Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 348, 349 FamFG) – B

NS 9 FamFG Benachrichtigung der nicht erschienenen Beteiligten (§ 348 Abs. 3 FamFG)

NS 19 FamFG Mitteilung an das Grundbuchamt, an das Registergericht und an das Familiengericht

NS 30 FamFG Testamentseröffnung gemäß § 351 FamFG

NS 100 FamFG Erbschaftsausschlagung

NS 101 FamFG Belehrung über die Form der Erbschaftsausschlagung

NS 102 FamFG Mitteilung von der Ausschlagung einer Erbschaft

NS 105 FamFG Antrag auf Erteilung eines Erbscheins mit eidesstattlicher Versicherung

NS 108 FamFG Erbschein (§§ 2353, 2357 BGB)

NS 109 FamFG Testamentsvollstreckerzeugnis (§ 2368 BGB) – Verfügung

NS 115 FamFG Einziehung eines unrichtigen Erbscheins

NS 116 FamFG Kraftloserklärung von Erbscheinen

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe NS wird wie folgt ergänzt:

NS 1	Antrag auf besondere amtliche Verwahrung eines eigenhändigen Testaments mit Verfügung (§§ 2248 BGB, 72, 73, 82 a, b FGG)	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 2	Annahmeverfügung eines öffentlichen Testaments oder Erbvertrages (§§ 82 a, b FGG)	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 2 a	Hinweisblatt über Benachrichtigungen in Nachlasssachen	
NS 3	Hinterlegungsschein über eine Verfügung von Todes wegen (§ 34 BeurkG, §§ 2248, 2300 BGB, 82 a, b I FGG)	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen

NS 7	Ladung zur Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 2260, 2273, 2300 BGB)	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 8	Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 2260, 2273, 2300 BGB)	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 8/1	Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 2260, 2273, 2300 BGB) – A	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 8/2	Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen (§§ 2260, 2273, 2300 FGG) – B	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 8 a	Antrag auf Berichtigung des Grundbuches im Verfahren der Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen – Anlage zu NS 8/2	
NS 9	Benachrichtigung der nicht erschienenen Beteiligten (§ 2262 BGB)	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 19	Mitteilung an das Grundbuchamt, an das Registergericht und an das Vormundschaftsgericht	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 30	Testamentseröffnung gemäß § 2263 a BGB	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 100	Erbschaftsausschlagung	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 101	Belehrung über die Form der Erbschaftsausschlagung	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 102	Mitteilung von der Ausschlagung einer Erbschaft	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 105	Antrag auf Erteilung eines Erbscheins mit eidesstattlicher Versicherung	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 107	Anhörung der zur Erbschaft Berufenen bei Privattestamenten (§§ 2360 Abs. 2, 2368 Abs. 2 BGB) gültig, in Verfahren, die bis zum 31.08.2009 eingehen	
NS 108	Erbschein (§§ 2353, 2357 BGB)	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 109	Testamentsvollstreckerzeugnis (§ 2368 BGB) – Verfügung	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 115	Einziehung eines unrichtigen Erbscheins	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen
NS 116	Kraftloserklärung von Erbscheinen	für Verfahren, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

**Einheitliche Vordrucke für die ordentliche
Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg
– Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland –
(Vordruckreihe RH)**

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 6-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 15. Juli 2004 (JMBl. S. 82), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 11. Juli 2008 (JMBl. S. 150) (1414-SH 6-I), wird wie folgt geändert:

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg für den Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland eingeführt:

RH 715 FamFG Verfügung zur Anberaumung des frühen ersten Termins – Familiengericht (Ausland) für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen

- RH 717 FamFG Beglaubigte Abschrift der richterlichen Verfügung beim frühen ersten Termin – Familiengericht (Ausland) für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen
- RH 718 FamFG Ladung der beklagten Partei zum frühen ersten Termin – Familiengericht (Ausland) für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen
- RH 720 FamFG Ladungsverfügung des Richters in Familiensachen – Familiengericht (Ausland) für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen
- RH 722 FamFG Ladung der Parteien in Familiensachen – Familiengericht (Ausland) für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg für das Kostenfestsetzungsverfahren im Zivilprozess (ZP 1 bis ZP 39), für das Prozesskostenhilfverfahren im Zivilprozess (ZP 40 bis ZP 79) und für das Mahnverfahren (ZP 80 bis ZP 119)

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 1/1a-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 14. November 1996 (JMBl. S. 167), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 23. November 2006 (JMBl. S. 158) (1414-SH 1/1a-I), wird wie folgt geändert:

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe ZP 40 – 79 wird wie folgt ergänzt:

**Prozesskostenhilfverfahren im Zivilprozess
< ZP 40 – 79 >**

ZP 60	Übersendung des PKH-Gesuchs in Familiensachen	für Verfahren, die ab 01.09.09 eingehen, siehe Vordruckreihe FS
ZP 61	Bewilligung der PKH in Ehesachen – Urschrift	
ZP 62	Bewilligung der PKH in Ehesachen – Reinschrift	
ZP 64	Mitteilung des Antrags auf Gewährung von PKH in Unterhaltsstreitigkeiten	

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg für das Aufgebotsverfahren im Zivilprozess (ZP 150 bis ZP 159), für die Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen, Zustellung und Expedition von Entscheidungen im Zivilprozess (ZP 160 bis ZP 199) und für die Rechtskraft im Zivilprozess (ZP 200 bis ZP 229)

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 1/1c-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 26. November 1996 (JMBl. 1997

S. 2), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 18. September 2006 (JMBl. S. 131) (1414-SH 1/1c-I), wird wie folgt geändert:

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg für die Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen, Zustellung und Expedition von Entscheidungen im Zivilprozess (ZP 160 bis ZP 199) und für die Rechtskraft im Zivilprozess (ZP 200 bis ZP 229) eingeführt:

- ZP 171 FamFG Expedition nichtrechtskräftiger Urteile in Abstammungssachen – Amtsgericht
- ZP 172 FamFG Expedition rechtskräftiger Urteile in Abstammungssachen – Amtsgericht
- ZP 173 FamFG Expedition von Entscheidungen in Ehesachen
- ZP 174 FamFG Expedition eines Beschlusses nach §§ 49, 51, 119 FamFG

ZP 180 FamFG Expeditionsverfügung Beschluss – Oberlandesgericht – Familiensachen

ZP 209 FamFG Rechtskraftanfrage in Familiensachen – BGH

Nachfolgend aufgeführter Vordruck wird mit Wirkung vom 01.09.2009 aufgehoben:

ZP 178 Urteilsübersendung an Standesamt

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe ZP 150 – 229 wird wie folgt ergänzt:

**Aufgebotsverfahren im Zivilprozess
< ZP 150 – 159 >**

ZP 154	Aufgebot einer Urkunde	Nur für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen! Für Verfahren, die ab 01.09.09 eingehen – siehe Vordruckreihe FS.
ZP 155	Ausschlussurteil beim Aufgebot einer Urkunde	
ZP 156	Aufgebot eines Grund-/Hypothekenbriefes	

**Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen,
Zustellung und Expedition von Entscheidungen im Zivilprozess
< ZP 160 – 199 >**

ZP 171	Expedition nichtrechtskräftiger Urteile in Kindschaftssachen – Amtsgericht	für Verfahren bis 31.08.2009
ZP 172	Expedition rechtskräftiger Urteile in Kindschaftssachen – Amtsgericht	für Verfahren bis 31.08.2009
ZP 173	Expedition von Entscheidungen in Ehesachen	für Verfahren bis 31.08.2009
ZP 174	Expedition eines Beschlusses nach § 620 ZPO	für Verfahren bis 31.08.2009
ZP 180	Expeditionsverfügung Urteil/Beschluss – Oberlandesgericht	für Verfahren bis 31.08.2009

**Rechtskraft im Zivilprozess
< ZP 200 – 229 >**

ZP 208	Notfristanfrage in Familiensachen – OLG	entfällt für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen
ZP 209	Rechtskraftanfrage in Familiensachen – BGH	für Verfahren, die bis 31.08.2009 eingehen
ZP 210	Notfristanfrage Landgericht – BGH	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen – für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen – siehe ZP 209

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

**Einheitliche Vordrucke für die ordentliche
Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg
im Zivilprozess; Arrest und einstweilige
Verfügung (ZP 120 bis ZP 149) und
allgemeine Vordrucke für Amts-, Land- und
Oberlandesgericht im Zivilprozess
(ZP 230 bis ZP 299)**

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 1/1b-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 16. Oktober 1996 (JMBL S. 150), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 18. Juni 2002 (JMBL S. 102) (1414-SH 1/1b-I), wird wie folgt geändert:

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe ZP 120 – 149 wird wie folgt ergänzt:

**Allgemeine Vordrucke für Amts-, Land- und
Oberlandesgericht im Zivilprozess
< ZP 230 – 299 >**

ZP 260	Ladung eines Elternteils in Kindschaftssachen (§ 640 e ZPO)	für Verfahren, die ab 01.09.09 eingehen, siehe Vordruckreihe FS
--------	---	--

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

**Einheitliche Vordrucke für die ordentliche
Gerichtsbarkheit des Landes Brandenburg
für den Berufungsrechtszug in Zivilsachen
– Landgericht/Oberlandesgericht –
(ZP 570 bis ZP 599 und ZP 650 bis ZP 699)**

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 1/3-I)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 8. November 1996 (JMBL S. 163), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 17. Juli 2008 (JMBL S. 110) (1414-SH 1/3-I), wird wie folgt geändert:

Mit Wirkung vom 01.09.2009 lautet die Bezeichnung der Vordruckreihe wie folgt:

Einheitliche Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkheit des

Landes Brandenburg für den Berufungsrechtszug in Zivilsachen und den Beschwerderechtszug in Familiensachen – Landgericht/Oberlandesgericht – (ZP 570 bis ZP 599 und ZP 650 bis ZP 699)

Es werden folgende weitere Vordrucke zur Verwendung durch die ordentlichen Gerichte des Landes Brandenburg für den Beschwerderechtszug in Familiensachen – Oberlandesgericht – eingeführt:

ZP 670 FamFG	Verfügung bei Eingang der Beschwerdeschrift – Familiensachen – Oberlandesgericht
ZP 670 a FamFG	Verfügung bei Eingang der Beschwerdeschrift – VA – Familiensachen – Oberlandesgericht
ZP 682 FamFG	Ladung der Parteien in Familiensachen (§§ 113, 128 FamFG, 273 ZPO) – Oberlandesgericht

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe ZP 650 – 699 wird im Übrigen wie folgt ergänzt:

**Vordruckreihe ZP
Berufungsrechtszug in Zivilsachen
Beschwerderechtszug in Familiensachen
– Oberlandesgericht –
< ZP 650 – 699 >**

ZP 670	Verfügung bei Eingang der Berufungs-/Beschwerdeschrift – Familiensachen – Oberlandesgericht	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
ZP 670 a	Verfügung bei Eingang der Beschwerdeschrift – VA – Familiensachen – Oberlandesgericht	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen
ZP 682	Ladung der Parteien in Familiensachen (§§ 273, 525, 608, 613 ZPO) – Oberlandesgericht	für Verfahren, die bis 31.08.09 eingehen

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

Einführung einheitlicher Vordrucke für die ordentliche Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg für das Verfahren in Familiensachen – Amtsgericht – (ZP 700 bis ZP 799) und für den Versorgungsausgleich (Vordruckreihe V)

Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts
Vom 20. Juli 2009
(1414-SH 1/4)

Die Allgemeine Verfügung des Präsidenten des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 12. November 1996 (JMBL S. 166), zuletzt geändert durch Allgemeine Verfügung vom 26. Februar 2009 (JMBL S. 35) (1414-SH 1/4-I und 1414-I.25), wird wie folgt geändert:

Das Vordruckverzeichnis der Vordruckreihe ZP 700 bis ZP 799 und V wird um folgenden Hinweis ergänzt:

Die im Vordruckverzeichnis aufgeführten Vordrucke ZP 700 bis 799 sowie V finden für Verfahren Anwendung, die bis zum 31.08.2009 bei Gericht eingehen. Für Verfahren, die ab 01.09.2009 eingehen, siehe Vordruckreihen FS.

Brandenburg an der Havel, den 20. Juli 2009

Der Präsident des
Brandenburgischen Oberlandesgerichts

Prof. Dr. Farke

„Anlage 1 zu Nummer 1.3 DB-PKH (Stand: 1. September 2009)

Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe (§ 115 ZPO)

Klageverfahren vor den ordentlichen Gerichten					
I. Instanz					II. Instanz
1	nach Mahnverfahren		ohne Mahnverfahren		6
	2	3	4	5	
Streitwert bis	nur GKG	GKG + RVG	nur GKG	GKG + RVG	GKG + RVG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
300	52	142	75	165	200
600	82	240	105	263	314
900	112	330	135	353	421
1.200	138	415	165	442	528
1.500	163	499	195	532	634
2.000	183	602	219	639	759
2.500	203	706	243	746	885
3.000	223	809	267	854	1.010
3.500	243	912	291	961	1.135
4.000	263	1.016	315	1.068	1.261
4.500	283	1.119	339	1.175	1.386
5.000	303	1.222	363	1.283	1.511
6.000	340	1.370	408	1.438	1.695

Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKHB/DB-InsO)

Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz zur Änderung der Allgemeinen Verfügung vom 4. Februar 2002 Vom 29. Juli 2009 (3715-II.2)

Die Allgemeine Verfügung vom 4. Februar 2002 (3715-I.2) – JMBL S. 31 –, zuletzt geändert durch die Allgemeine Verfügung vom 5. Dezember 2006 (3715-II.2) – JMBL S. 161 –, wird wie folgt geändert:

I.

1. Die Überschrift der Bestimmung wird wie folgt geändert:

„Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)“

2. Nummer 1.3 Satz 1 der Bestimmung wird wie folgt gefasst:

„Dieser Verwaltungsvorschrift liegen zwei Tabellen als Anlagen an.“

3. Die Anlage zu Nummer 1.3 wird wie folgt gefasst:

Klageverfahren vor den ordentlichen Gerichten					
I. Instanz					II. Instanz
nach Mahnverfahren		ohne Mahnverfahren			
1	2	3	4	5	6
Streitwert bis	nur GKG	GKG + RVG	nur GKG	GKG + RVG	GKG + RVG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
7.000	378	1.517	453	1.593	1.878
8.000	415	1.665	498	1.748	2.061
9.000	453	1.813	543	1.903	2.244
10.000	490	1.960	588	2.058	2.428
13.000	548	2.137	657	2.246	2.653
16.000	605	2.313	726	2.434	2.878
19.000	663	2.490	795	2.622	3.103
22.000	720	2.666	864	2.810	3.329
25.000	778	2.843	933	2.998	3.554
30.000	850	3.129	1.020	3.299	3.910
35.000	923	3.416	1.107	3.601	4.266
40.000	995	3.703	1.194	3.902	4.622
45.000	1.068	3.989	1.281	4.203	4.978
50.000	1.140	4.276	1.368	4.504	5.334
65.000	1.390	4.755	1.668	5.033	5.990
80.000	1.640	5.234	1.968	5.562	6.647
95.000	1.890	5.713	2.268	6.091	7.303
110.000	2.140	6.192	2.568	6.620	7.960
125.000	2.390	6.672	2.868	7.150	8.616
140.000	2.640	7.151	3.168	7.679	9.273
155.000	2.890	7.630	3.468	8.208	9.930
170.000	3.140	8.109	3.768	8.737	10.586
185.000	3.390	8.588	4.068	9.266	11.243
200.000	3.640	9.067	4.368	9.795	11.899
230.000	4.015	9.793	4.818	10.596	12.892
260.000	4.390	10.519	5.268	11.397	13.886
290.000	4.765	11.245	5.718	12.198	14.879
320.000	5.140	11.971	6.168	12.999	15.872
350.000	5.515	12.697	6.618	13.800	16.865
380.000	5.890	13.423	7.068	14.601	17.858
410.000	6.265	14.149	7.518	15.402	18.851
440.000	6.640	14.875	7.968	16.203	19.845
470.000	7.015	15.601	8.418	17.004	20.838
500.000	7.390	16.327	8.868	17.805	21.831

4. Nach der Anlage 1 zu Nummer 1.3 wird folgende Anlage 2 angefügt:

„Anlage 2 zu Nummer 1.3 DB-PKH (Stand: 1. September 2009)

Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe in familiengerichtlichen Verfahren I. Instanz (§ 76 FamFG, § 115 ZPO)

	Hauptsacheverfahren				Verfahren einstw. Rechtsschutz	
	Scheidungs- sachen einschl. Folge- sachen	Selbst- ständige Familien- streit- sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen und Familien- streitsachen
1	2	3	4	5	6	7
Verfahrens- wert bis	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
300	50	75	13	50	10	38
600	70	105	18	70	11	53
900	90	135	23	90	14	68
1.200	110	165	28	110	17	83
1.500	130	195	33	130	20	98
2.000	146	219	37	146	22	110
2.500	162	243	41	162	25	122
3.000	178	267	45	178	27	134
3.500	194	291	49	194	30	146
4.000	210	315	53	210	32	158
4.500	226	339	57	226	34	170
5.000	242	363	61	242	37	182
6.000	272	408	68	272	41	204
7.000	302	453	76	302	46	227
8.000	332	498	83	332	50	249
9.000	362	543	91	362	55	272
10.000	392	588	98	392	59	294
13.000	438	657	110	438	66	329
16.000	484	726	121	484	73	363
19.000	530	795	133	530	80	398
22.000	576	864	144	576	87	432
25.000	622	933	156	622	94	467
30.000	680	1.020	170	680	102	510
35.000	738	1.107	185	738	111	554
40.000	796	1.194	199	796	120	597
45.000	854	1.281	214	854	129	641
50.000	912	1.368	228	912	137	684
65.000	1.112	1.668	278	1.112	167	834
80.000	1.312	1.968	328	1.312	197	984
95.000	1.512	2.268	378	1.512	227	1.134
110.000	1.712	2.568	428	1.712	257	1.284
125.000	1.912	2.868	478	1.912	287	1.434
140.000	2.112	3.168	528	2.112	317	1.584
155.000	2.312	3.468	578	2.312	347	1.734
170.000	2.512	3.768	628	2.512	377	1.884

1	Hauptsacheverfahren				Verfahren einstw. Rechtsschutz	
	Scheidungs- sachen einschl. Folge- sachen	Selbst- ständige Familien- streit- sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen und Familien- streitsachen
	2	3	4	5	6	7
Verfahrens- wert bis	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG	nur FamGKG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
185.000	2.712	4.068	678	2.712	407	2.034
200.000	2.912	4.368	728	2.912	437	2.184
230.000	3.212	4.818	803	3.212	482	2.409
260.000	3.512	5.268	878	3.512	527	2.634
290.000	3.812	5.718	953	3.812	572	2.859
320.000	4.112	6.168	1.028	4.112	617	3.084
350.000	4.412	6.618	1.103	4.412	662	3.309
380.000	4.712	7.068	1.178	4.712	707	3.534
410.000	5.012	7.518	1.253	5.012	752	3.759
440.000	5.312	7.968	1.328	5.312	797	3.984
470.000	5.612	8.418	1.403	5.612	842	4.209
500.000	5.912	8.868	1.478	5.912	887	4.434

1	Hauptsacheverfahren				Verfahren einstw. Rechtsschutz	
	Scheidungs- sachen einschl. Folge- sachen	Selbst- ständige Familien- streit- sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen und Familien- streitsachen
	2	3	4	5	6	7
Verfahrens- wert bis	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
300	140	165	102	140	100	127
600	228	263	176	228	169	211
900	308	353	240	308	231	285
1.200	387	442	305	387	294	360
1.500	467	532	369	467	356	434
2.000	566	639	456	566	442	529
2.500	665	746	544	665	528	625
3.000	765	854	631	765	613	720
3.500	864	961	718	864	699	815
4.000	963	1.068	806	963	785	911
4.500	1.062	1.175	893	1.062	870	1.006
5.000	1.162	1.283	980	1.162	956	1.101
6.000	1.302	1.438	1.098	1.302	1.071	1.234
7.000	1.442	1.593	1.215	1.442	1.185	1.366
8.000	1.582	1.748	1.333	1.582	1.300	1.497
9.000	1.722	1.903	1.451	1.722	1.414	1.638
10.000	1.862	2.058	1.568	1.862	1.529	1.764
13.000	2.027	2.246	1.699	2.027	1.655	1.918
16.000	2.192	2.434	1.829	2.192	1.781	2.071

1	Hauptsacheverfahren				Verfahren einstw. Rechtsschutz	
	Scheidungs- sachen einschl. Folge- sachen	Selbst- ständige Familien- streit- sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen	Kind- schafts- sachen	Übrige Sachen und Familien- streitsachen
	2	3	4	5	6	7
Verfahrens- wert bis	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG	FamGKG + RVG
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
19.000	2.357	2.622	1.960	2.357	1.907	2.225
22.000	2.522	2.810	2.090	2.522	2.033	2.378
25.000	2.687	2.998	2.221	2.687	2.158	2.532
30.000	2.959	3.299	2.449	2.959	2.381	2.789
35.000	3.232	3.601	2.678	3.232	2.604	3.047
40.000	3.504	3.902	2.907	3.504	2.827	3.305
45.000	3.776	4.203	3.135	3.776	3.050	3.562
50.000	4.048	4.504	3.364	4.048	3.273	3.820
65.000	4.477	5.033	3.643	4.477	3.532	4.199
80.000	4.906	5.562	3.922	4.906	3.791	4.578
95.000	5.335	6.091	4.201	5.335	4.050	4.957
110.000	5.764	6.620	4.480	5.764	4.309	5.336
125.000	6.194	7.150	4.760	6.194	4.568	5.716
140.000	6.623	7.679	5.039	6.623	4.827	6.095
155.000	7.052	8.208	5.318	7.052	5.086	6.474
170.000	7.481	8.737	5.597	7.481	5.346	6.853
185.000	7.910	9.266	5.876	7.910	5.605	7.232
200.000	8.339	9.795	6.155	8.339	5.864	7.611
230.000	8.990	10.596	6.581	8.990	6.260	8.187
260.000	9.641	11.397	7.007	9.641	6.656	8.763
290.000	10.292	12.198	7.433	10.292	7.052	9.339
320.000	10.943	12.999	7.859	10.943	7.448	9.915
350.000	11.594	13.800	8.285	11.594	7.844	10.491
380.000	12.245	14.601	8.711	12.245	8.240	11.067
410.000	12.896	15.402	9.137	12.896	8.636	11.643
440.000	13.547	16.203	9.563	13.547	9.032	12.219
470.000	14.198	17.004	9.989	14.198	9.428	12.795
500.000	14.849	17.805	10.415	14.849	9.824	13.371

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am 1. September 2009 in Kraft.

Potsdam, den 29. Juli 2009

Die Ministerin der Justiz

Beate Blechinger

Kostenverfügung (KostVfg)

Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz
zur Änderung
der Allgemeinen Verfügung vom 11. Juli 1991
Vom 10. August 2009
(5607-II.2)

Die Allgemeine Verfügung vom 11. Juli 1991 (JMBl. S. 45), zuletzt geändert durch die Allgemeine Verfügung vom 4. Januar 2008 (JMBl. S. 8), wird wie folgt geändert:

I.

1. § 5 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Kostenansatz richtet sich, soweit Kosten nach dem Gerichtskostengesetz erhoben werden, nach § 19 GKG, soweit Kosten nach dem Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen erhoben werden, nach § 18 FamGKG, und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 14 KostO.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird der Klammerzusatz „(vgl. Anlage 1)“ durch den Klammerzusatz „(Vereinbarung über den Ausgleich von Kosten, zuletzt in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 2001, JMBl. S. 188, in der jeweils geltenden Fassung)“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird der Klammerzusatz „(vgl. Anlage 2)“ durch den Klammerzusatz „(vgl. Vereinbarung über den Ausgleich von Kosten – a. a. O.)“ ersetzt.

3. In § 7 Absatz 1 Satz 2 werden nach der Angabe „§ 29 Nr. 3 GKG“ die Wörter „sowie nach § 24 Nr. 3 FamGKG“ eingefügt.

4. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Soweit in Angelegenheiten, für die das Gerichtskostengesetz oder das Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen gilt, einem gesamtschuldnerisch haftenden Kostenschuldner die Kosten durch gerichtliche Entscheidung auferlegt oder von ihm durch eine vor Gericht abgegebene oder ihm mitgeteilte Erklärung übernommen sind, soll die Haftung des anderen gesamtschuldnerisch haftenden Kostenschuldners (Zweitschuldners) nur geltend gemacht werden, wenn eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des erstgenannten Kostenschuldners (Erstschuldners) erfolglos geblieben ist oder aussichtslos erscheint (§ 31 Abs. 2 Satz 1, § 18 GKG, § 26 Abs. 2 Satz 1, § 17 FamGKG).“

- b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Soweit einem Kostenschuldner, der aufgrund von § 29 Nr. 1 GKG oder § 24 Nr. 1 FamGKG haftet (Entscheidungsschuldner), Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe bewilligt worden ist, darf die Haftung eines anderen Kostenschuldners nicht geltend gemacht werden; von diesem bereits erhobene Kosten sind zurückzuzahlen, soweit es sich nicht um eine Zahlung nach § 13 Abs. 1 und 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes handelt und die Partei, der Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe bewilligt worden ist, der besonderen Vergütung zugestimmt hat.“

- bb) In Satz 2 werden in dem Klammerzusatz nach der Angabe „§ 31 Abs. 3 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 26 Abs. 3 FamGKG“ eingefügt.

5. § 9 wird wie folgt gefasst:

„§ 9

Kosten bei Bewilligung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe

Bei Bewilligung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe sind die Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH) zu beachten.“

6. § 10 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKHG/DB-InsO)“ durch die Angabe „Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)“ ersetzt.

- b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Prozesskostenhilfe“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe“ ersetzt.

7. § 10a wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden nach der Angabe „§ 21 Abs. 1 Satz 2 GKG“, die Angabe „§ 20 Abs. 1 Satz 2 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
- b) In Satz 1 werden nach der Angabe „§ 21 Abs. 1 Satz 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 20 Abs. 1 Satz 2 FamGKG“ eingefügt.
- c) In Satz 3 werden nach der Angabe „§ 21 Abs. 2 Satz 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 20 Abs. 2 Satz 2 FamGKG“ eingefügt.

8. § 10b wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

**„Absehen von Wertermittlungen
– zu § 92 KostO, Nummern 1311, 1312
der Anlage 1 (zu § 3 Abs. 2) FamGKG –“.**

- b) Die Wörter „In den Fällen des § 92 KostO kann von Wertermittlungen“ werden durch die Wörter „Von Wertermittlungen kann“ ersetzt.
9. § 13 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:
- „(1) Soweit nichts anderes bestimmt oder zugelassen ist, werden Kosten alsbald nach Fälligkeit angesetzt (z. B. § 6 Abs. 1 und 2, §§ 7 bis 9 GKG, §§ 9 bis 11 FamGKG, § 7 KostO) und Kostenvorschüsse berechnet, sobald sie zu leisten sind (z. B. §§ 15 bis 18 GKG, §§ 16, 17 FamGKG, § 8 KostO).“
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 Halbsatz 1 werden nach der Angabe „§ 20 GKG,“ die Angabe „§ 19 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
- bb) In Satz 2 Halbsatz 2 wird der Klammerzusatz „(§ 15 Satz 2 KostO)“ durch den Klammerzusatz „(§ 15 Abs. 2 KostO)“ ersetzt.
- cc) Nach Satz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:
- „Dasselbe gilt für Angelegenheiten, auf die das FamGKG Anwendung findet (§ 19 Abs. 2 FamGKG).“
10. § 14 wird wie folgt geändert:
- a) Abschnitt III wird wie folgt geändert:
- aa) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
- „Kosten in Vormundschafts-,
Dauerbetreuungs-
und Dauerpflegschaftssachen
– zu § 92 KostO, § 10 FamGKG –“.**
- bb) In Satz 1 werden die Wörter „nach § 92 KostO“ gestrichen.
- b) Abschnitt VI wird wie folgt geändert:
- Der Klammerzusatz „(§ 6 Abs. 2, § 9 Abs. 1 GKG)“ wird durch den Klammerzusatz „(§ 9 Abs. 1, § 11 Abs. 1 FamGKG)“ ersetzt.
11. § 22 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Nummer 1 werden nach der Angabe „§§ 15, 17 Abs. 3 GKG,“ die Angabe „§ 16 Abs. 3 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
- b) In Absatz 1 Nummer 2 wird der Klammerzusatz „(z. B. § 17 Abs. 2, §§ 12, 13 GKG, § 8 Abs. 2 KostO, § 7 Abs. 2 Satz 2 JVKostO)“ durch den Klammerzusatz „(z. B. §§ 12, 13, 17 Abs. 2 GKG, §§ 14, 16 Abs. 2 FamGKG, § 8 Abs. 2 KostO, § 7 Abs. 2 Satz 2 JVKostO)“ ersetzt.
- c) In Absatz 2 Satz 2 werden nach der Angabe „§§ 12, 13 GKG“ die Wörter „und § 14 FamGKG“ eingefügt.
- d) In Absatz 3 werden nach der Angabe „§ 17 Abs. 1 Satz 2 GKG,“ die Angabe „§ 16 Abs. 1 Satz 2 FamGKG“ sowie ein Komma und nach der Angabe „§§ 12, 13 GKG“ die Wörter „und § 14 FamGKG“ eingefügt.
- e) In Absatz 6 werden nach den Wörtern „§ 17 Abs. 2 GKG und“ die Wörter „des § 16 Abs. 2 FamGKG sowie“ eingefügt.
12. § 25 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift werden nach der Angabe „§ 17 Abs. 2 GKG,“ die Angabe „§ 16 Abs. 2 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
- b) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „im Falle des § 17 Abs. 2 GKG und“ durch die Wörter „in den Fällen des § 17 Abs. 2 GKG und des § 16 Abs. 2 FamGKG sowie“ ersetzt.
13. In der Überschrift des § 31 werden nach der Angabe „§§ 12, 13, 17 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 GKG,“ die Angabe „§§ 14, 16 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
14. § 32 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Prozessbevollmächtigten“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrensbevollmächtigten“ ersetzt.
- b) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
- aa) In Satz 2 werden in dem Klammerzusatz nach der Angabe „§ 14 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 15 FamGKG“ eingefügt.
- bb) In Satz 3 werden die Wörter „in den Fällen des § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 GKG“ durch die Wörter „in den Fällen des § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 und 4 GKG sowie des § 14 Abs. 1, 3 FamGKG“ und die Wörter „so werden die in § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 GKG“ durch die Wörter „so werden die in § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 und 4 GKG und § 14 Abs. 1, 3 FamGKG“ ersetzt.
15. § 36 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:
- „(4) Bei Vertretung durch einen Prozess- oder Verfahrensbevollmächtigten (§ 81 ZPO, § 11 FamFG, § 113 Abs. 1 Satz 2 FamFG) ist die Rückzahlung an diesen anzuordnen, es sei denn, die Partei oder der Beteiligte hat der Rückzahlung gegenüber dem Gericht ausdrücklich widersprochen. Stimmt der Bevollmächtigte in diesem Fall der Rückzahlung an die Partei oder den Beteiligten nicht zu, so sind die Akten dem Prüfungsbeamten zur Entscheidung vorzulegen.“
16. In der Überschrift des § 37a werden nach der Angabe „§ 5 Abs. 2 GKG,“ die Angabe „§ 7 Abs. 2 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.

17. In der Überschrift des § 43 werden nach der Angabe „§ 19 Abs. 5 GKG,“ die Angabe „§ 18 Abs. 3 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
18. In der Überschrift des § 44 werden nach der Angabe „§ 21 GKG,“ die Angabe „§ 20 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
19. In der Überschrift des § 45 werden nach der Angabe „§ 66 GKG,“ die Angabe „§ 57 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
20. § 48 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 4 wird das Wort „Prozesskostenhilfe“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe“ ersetzt.
- b) In Nummer 4 Buchstabe a werden die Wörter „der zahlungspflichtigen Partei“ durch die Wörter „dem Zahlungspflichtigen“ ersetzt.
- c) In Nummer 5 werden nach der Angabe „§ 70 Abs. 2 Satz 2 bis 4 GKG,“ die Angabe „§ 62 Abs. 2 Satz 2 bis 4 FamGKG“ und ein Komma eingefügt.
21. § 56 Absatz 2 und 3 wird wie folgt gefasst:
- „(2) Hat der Kostenschuldner die Entscheidung des Landgerichts gegen den Kostenansatz beantragt, so kann die Aufsichtsbehörde, wenn sie den Kostenansatz für zu niedrig hält, den Notar anweisen, sich dem Antrag mit dem Ziel der Erhöhung des Kostenansatzes anzuschließen.
- (3) Entscheidungen des Landgerichts und Beschwerdeentscheidungen des Oberlandesgerichts, gegen die die Rechtsbeschwerde zulässig ist, hat der Kostenbeamte des Landgerichts mit den Akten alsbald der Dienstaufsichtsbehörde des Notars zur Prüfung vorzulegen, ob der Notar angewiesen werden soll, Beschwerde oder Rechtsbeschwerde zu erheben.“
22. Die Anlagen 1 und 2 werden aufgehoben.

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am 1. September 2009 in Kraft.

Potsdam, den 10. August 2009

Die Ministerin der Justiz

Beate Blechinger

Gewährung von Reiseentschädigungen an mittellose Personen und Vorschusszahlungen für Reiseentschädigungen an Zeuginnen, Zeugen, Sachverständige, Dolmetscherinnen, Dolmetscher, Übersetzerinnen und Übersetzer, ehrenamtliche Richterinnen, ehrenamtliche Richter und Dritte

Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz
zur Änderung
der Allgemeinen Verfügung vom 23. Mai 2006
Vom 10. August 2009
(5600-II.14)

Die Allgemeine Verfügung vom 23. Mai 2006 (JMBl. S. 73) wird wie folgt geändert:

I.

Nummer 1 der Bestimmung wird wie folgt geändert:

- a) Satz 3 wird wie folgt gefasst:

„Die gewährten Mittel gehören zu den Kosten des Verfahrens (vgl. die Nummern 9008 Nr. 2 und 9015 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 2 GKG, Nr. 2007 Nr. 2 der Anlage 1 zu § 3 Abs. 2 FamGKG, § 137 Abs. 1 Nr. 10 KostO).“

- b) Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Die Vorschriften über die Bewilligung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe bleiben unberührt.“

II.

Diese Allgemeine Verfügung tritt am 1. September 2009 in Kraft.

Potsdam, den 10. August 2009

Die Ministerin der Justiz

Beate Blechinger

Bekanntmachungen

Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
Vom 21. Juli 2009

Folgender abhanden gekommener Dienstaussweis wird hiermit für ungültig erklärt:

- **Generalstaatsanwalt Dr. Erardo Rautenberg**, Dienstaussweis-Nr. **152 249**, ausgestellt am 8. August 2002, gültig bis 31. Dezember 2008.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine missbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend den ausstellenden Justizbehörden mitzuteilen.

Widerruf der Anerkennung als Gütestelle im Sinne des § 794 Absatz 1 Nummer 1 ZPO

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
Vom 22. Juli 2009

Die Anerkennung von Herrn Joachim Kock-Fuchs als Gütestelle im Sinne des § 794 Absatz 1 Nummer 1 ZPO wurde gemäß § 7 Absatz 2 Nummer 4 BbgGüteStG mit Wirkung zum 1. Oktober 2009 widerrufen.

Personalnachrichten

Ministerium der Justiz

Ernannt:

z. **Ministerialrätin** – BesGr. B 2 BBesO –: Ministerialrätin Dr. Birgit Teipel; z. **Amtsinspektorin** m. AZ: Amtsinpektorin Jutta Weyh; z. **Justizamtsinspektorin**: Justizhauptsekretärin Monique Hotescheck.

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Gerichte

Ernannt:

z. **JAmtsrätin**: JAmtfrau Andrea Epping in Neuruppin.

Versetzt:

Richterin am LG Marianne Hückel als Richterin am AG nach Nauen.

Ruhestand:

Richter am AG Hans-Christian Prestien in Potsdam.

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

z. **JHSEkr.in**: JOSEkr.in Yvonn Walter b. d. GStA; z. **JOSEkr.in**: JSekr.in Ilka Pierzinski b. d. GStA.

Richter auf Probe

Ernannt:

Assessor Dr. Thies Petersen in Frankfurt (Oder).

Ausschreibungen

Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz von Berlin

Stellenausschreibung:

Behörde: Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Bezeichnung: Vorsitzende Richterin/Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht bei dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
– BesGr. R 3 –
(eine Stelle)

Voraussetzungen:

Die Aufgabe besteht in der Leitung eines Senats des Oberverwaltungsgerichts.

Bewerberinnen und Bewerber müssen neben der Erfüllung der richterrechtlichen Voraussetzungen richterliche oder gleichwertige Berufserfahrungen mitbringen. Sie müssen neben fundierten juristischen Kenntnissen die Befähigung aufweisen, die organisatorischen und sozialen Probleme bei der Leitung eines Senats kompetent zu lösen. Kooperationsbereitschaft und Teamfähigkeit sind deshalb unabdingbare Voraussetzungen. Da das Gericht insgesamt vor der Aufgabe steht, bei gleichbleibendem Personalbestand eine bisher zum Teil überlange Verfahrensdauer zu reduzieren, sind die Fähigkeit und die Bereitschaft vorausgesetzt, an einem solchen Vorhaben mitzuwirken. Die Leistungen und der bisherige Berufsweg der Bewerberin/des Bewerbers müssen die sichere Gewähr bieten, dass sie/er einen wesentlichen Beitrag für eine Verbesserung der Verfahrenssituation am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg erbringt.

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., und der Senatorin für Justiz vom 5. Dezember 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im Amtsblatt von Berlin vom 14. Dezember 2007, S. 3204 ff., Bezug genommen.

Die ausgeschriebene Stelle gehört zu einem Bereich, in dem Frauen unterrepräsentiert sind. Bewerbungen von Frauen sind deshalb besonders erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind innerhalb von **drei Wochen** nach Veröffentlichung der Ausschreibung über den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg an die Senatsverwaltung für Justiz, Salzburger Straße 21 – 25, 10825 Berlin, zu richten.

Alle Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsicht in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

Ministerium der Justiz

I.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

– bei dem Landgericht Potsdam – zu besetzen zum 1. Februar 2010 –

eine Stelle für eine **Vizepräsidentin** oder einen **Vizepräsidenten** des Landgerichts (Besoldungsgruppe R 3),

– bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht

zwei Stellen für **Richterinnen** oder **Richter** am Oberlandesgericht (Besoldungsgruppe R 2),

– bei dem Amtsgericht Königs Wusterhausen

eine Stelle für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Amtsgericht (Besoldungsgruppe R 1).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da im Bereich der Stellen der Besoldungsgruppen R 3 und R 2 Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie insoweit besonders aufgefördert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung der Stelle bei dem Amtsgericht Königs Wusterhausen richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter auf Probe, die erstmalig zur Ernennung zur Richterin oder zum Richter auf Lebenszeit anstehen.

Bewerbungen sind bis zum **15. September 2009** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten. Bewerberinnen und Bewerber, die nicht bereits im Justizdienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind, richten ihre Bewerbung unmittelbar an das Ministerium der Justiz.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

Voraussetzung für eine Plananstellung als Richterin oder Richter ist grundsätzlich eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Richterin oder Richter auf Probe (§ 10 Absatz 1 DRiG).

II.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
drei Stellen für **Richterinnen** oder **Richter** am Landessozialgericht (Besoldungsgruppe R 2).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., und der Senatorin für Justiz vom 5. Dezember 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im Amtsblatt von Berlin vom 14. Dezember 2007, S. 3204 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum **15. September 2009** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Alle Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsicht in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

III.

Es wird Bewerbungen für die folgende Stelle entgegengesehen:

- bei dem Sozialgericht Neuruppin
eine Stelle für eine **Direktorin** oder einen **Direktor** des Sozialgerichts (Besoldungsgruppe R 2).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind bis zum **15. September 2009** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten. Bewerberinnen und Bewerber, die nicht bereits im Justizdienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind, richten ihre Bewerbung unmittelbar an das Ministerium der Justiz.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Richterwahlausschusses und des Präsidialrates einverstanden sind.

Justizministerialblatt
für das Land Brandenburg

Das Justizministerialblatt erscheint in der Regel am 15. eines jeden Monats. Herausgeber: Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg.
Der Preis für ein Bezugsjahr beträgt 58,80 EUR (einschließlich Postzustellgebühren und 7 % Mehrwertsteuer).
Die Einweisung kann jederzeit erfolgen. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Kalenderjahres zulässig; sie muss bis spätestens 30. 9. dem Verlag zugegangen sein.
Einzelverkaufspreis: 4,86 EUR zuzüglich Versand und Portokosten und 7 % Mehrwertsteuer (nur Nachnahmeversand).
Die Lieferung des Blattes erfolgt durch die Post.
Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die
Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.
Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH,
Karl-Liebknecht-Straße 24 - 25, Haus 2, 14476 Golm (bei Potsdam), Telefon: 0331 5689-0